

Der Halle wöchentlich 2,50 M., bei
postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., anfalls Zustellung
gehört. Bestellungen werden von allen
Verlagsstellen angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen
Für unvollständig eingetragene Nummern
wird keine Gewähr übernommen.
Herausgeber nur mit Genehmigung:
„Saale-Dr.“ gestattet.

Herausgeber der Redaktion Nr. 110;
Schulstraße Nr. 176; Redaktionsstelle
(Kass.) Nr. 206.

werden die Spaltenpreise oder beim
Raum mit 30 Pfg., für die erste Spalte mit
20 Pfg., berechnet und in der Größe der
Zeile, von unten nach oben, die Be-
und allen Annoncen-Prezisen an-
genommen. Reklamen die Seite 75 Pfg.
Erkennt ausdrücklich postalisch;
Sonn- und Montag einmal,
sonst einmal täglich.

Redaktion und Druck-Verlags-
stelle: Halle, Br. Straußstraße 17;
Rebenastraße 24.

Saale-Zeitung.

Verleger: Johannes...

Nr. 574.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 8. Dezember

1906.

Politische Wochenchau.

„Wenn nicht alles tüchtig“, meint die „Allg. Ztg.“, „geht
Morgenluft durch die deutschen Lande.“ Ob optimistisch
beurteilen wir die Situation freilich nicht. Mit Verbrauchs-
steuern und Sozialtarifen muß man nicht allzu anschiebig
und vorzeitig sein. Schon das über Nacht beverlichtete
„Miebersammenstehen des Reichstags“ mahnt zur Vorsicht.
Ob die Regierung sich wirklich darauf verstehen wird, einmal
mit Männern aus dem Bürgerturn, Männern aus dem
Volke vor den Reichstag zu treten? Ob sie, wie das
führende nationalberale Blatt vom Rhein rat, weiter nach
Männern suchen wird, die wissen, wie uns der Schuß drückt,
die den Wesen zu handhaben verstehen, und die der
Miesfortismus und Bureaukratismus vom Volke noch nicht
entfernet hat? Nun, das sind vorläufige Diskussionen und
es werden's wohl bleiben, trotz der Vorurteilshängigkeit, deren
Herrn Bülow sich rühmt. Wände behaupten im Gegenteil,
in Zukunft werde das Zentrum erst recht „regierende Partei“
werden. Das ist wohl wieder nach der anderen Seite zu
weit gesagt. Die Dinge sind in Fluss, Entwicklungen sind
eingeleitet. Es kommt darauf an, was sich daraus ergibt.
Für wenig Bedeutung fanden wohl die Müller-Meiningschen
Worte, der die wichtige Erklärung abgab, daß die freisinnige
Wahlpartei seit langer Zeit der Überzeugung sei, daß
finanzpolitische, finanzrechtliche und alle wirtschaftlichen
Fragen keine parteipolitischen Fragen bilden. Das
waren recht bedeutame programmatische Erklärungen.
Nur vorläufig schießt man wohl weit übers Ziel
hinaus, wenn man infolge der offenbar fast verminderten
Regierungsaktivität des Zentrums, die sich auf
fast allen Gebieten der Politik bemerkbar macht, eine
Schwächung des Regierungskurses ermarktet. Vorläufig
glaubt man an gewissen Stellen auch noch nicht, daß das
Zentrum seinen Feindgenossen weichen werde, und respektiert es,
indem man ablehnt, „politische Reden geschwungen“ zu
haben. Man kann daher nur abwarten, „wie der Gale
läuft“, und muß inwischen Vorhofft als den besten Teil
der Weisheit zur Geltung bringen.

Nach literarischer Festsetzung Konstantin hatte wurde der
Nachtrag über die Südwestafrika der Abgeordneten über-
wiesen, die wohl vor Weidnaden kaum mit ihrer Arbeit
fertig werden wird. Die Streitigkeit des Zentrums do-
kumentierte sich in der Einbringung des Antrages, vom
1. April 1907 ab die Truppenzahl in Südwestafrika auf
2500 Mann zu vermindern, ein für die Regierung nach
allen ihren jetzigen Forderungen — sie verlangt für den
nächsten Etat 8—9000 Mann — völlig unannehmer
Vorschlag. Was übrigens die plebejischen Ausfälle Noerens
gegen Dernburg angeht, so hat bereits der Bezirksamt
Schmidt gegen Noerens Anklagen Protest erhoben, und
sämtliches Material zu seiner Entlastung vorkommen-
lich. Auch der Professor Brincker dürfte sich bei Noeren
die von ihm beliebte Titulatur dringend verbitten. Daß
sich das Justizministerium in die Sache hineinmischen werde,
ist indes nicht anzunehmen. Nach den aufgetragenen
Vorlagen bei der Kolonialdebatte konnte die durch mehrere
Interpellationen über die Polentrage und den Gerien-
scholl provozierte Ausprägung besonders Interesse nicht mehr
gewinnen.

Die Fleischnotdebatte soll am Mittwoch nächster
Woche stattfinden. Inzwischen hat der preussische Landes-
eisenbahnrat den Beschluß auf Herabsetzung der Eisenbahn-
tarife für frisches Fleisch sanktioniert. Das ist herzlich
wenig und leidet, wie fest die Agrarier und ihre Bundes-
truppen im Saale liegen.

Eine wenig erfreuliche Erscheinung in unserem politischen
Leben, aber recht passend zu dem augenblicklichen Kurse in
Preußen war der Prozeß gegen die Gefürter „Frib-
bin“ wegen Verleumdung des preussischen Abgeordneten-
hauses, dem nun in Magdeburg ein Pendant gegeben
werden soll. Das preussische Abgeordnetenhaus hat sich
durch die Einleitung eines bezüglichen Prozesses wahrlich
keinen Ruhmestempel geschnitten. Auffallend ist die enorme
Höhe der Strafe. Es scheint die neue Prozedura auf dem
Gebiete der Abgeordnetenhaus-Verleumdungen mit der
reaktionären Absicht in Verbindung zu stehen, die Be-
wegung, die auf Verleumdung des Reichstages abgelehnt
gerichtet ist, um jeden Preis niederzuhalten.

Die Notwendigkeit der Reform der Strafrechtspflege, der
Institution der Polizeiaufsicht und der Maßnahmen
auf dem Gebiete der Fürsorge für entlassene Gefangene
wurde recht dringlich vor Augen geführt durch den Prozeß
des Hauerbaupatrons von Kopenick, Wilhelm Voigt.
Aus der Lebensbeschreibung des jetzt zu vier
Jahren Gefängnis verurteilten Mannes konnte man ersehen,
wie unheimlich und verderblich die verschiedenen Eingriffe
der Strafjustiz für ihn gewesen sind. Die unglückliche
Langehaftungspraxis wird nun nachdrücklich nachgeprüft.
Die Sache ist nun nicht moderne Reformen auf dem Gebiete
des Strafrechts verlangt worden, wie lange wird man noch
um eine Neugestaltung der dringend verbesserungsbedürftigen
Bestimmungen eruchen müssen?

Die Koburexpllosion in Annen hat zu einer Nach-
prüfung der Bestimmungen über die Vorschriftenregeln beim
Transport von Koburrit auf der Eisenbahn Anlaß gegeben.
Eine Aufklärung über die Ursache der Katastrophe ist noch
nicht erfolgt. Während seitens des deutschen Reichs bei
größeren Unglücksfällen im Auslande herliche Weils-
bedenken zu ergeben pflegen, ist von auswärtigen Souveränen
und Staatsoberhäuptern eine Kundgebung des Mitleids
nicht eingegangen, ein Satum, das als auffallend zu be-
zeichnen ist.

Der Ausfall der Wahlen in Württemberg, die zum
ersten Male auf Grund des Proportionalwahlrechts statt-
gefunden, läßt sich, da viele Stichwahlen stattgefunden haben,
noch nicht genau übersehen. In der Hauptfrage ist die
Frage verstanden, daß Herzog Ernst August von Lüneburg
die Verzichtleistung auf Hannover schon zurückgemeldet
hat. Die Werbung scheint indes ein unkontrollierbares
Gericht zu sein und der Forderung zu unterbreiten.
Authentische Nachrichten sind seit der Behandlung der
welfischen Frage im Braunschweigischen Landtage nicht mehr
publiziert worden, und wohl erst nach dem 1. Januar zu erwarten.
Ein bemerkenswertes Ereignis bildete der Besuch des letzten
französischen Präsidentschaftskandidaten Doumer, ehe-
maligen französischen Kammerpräsidenten, beim Reichstanzler
in Berlin. Ein Aufenthalt in Straßburg ging der Berliner
Reise voraus, wo Doumer auf Veranlassung der „Allgemeinen
Rundschau“ einen Vortrag über die „Gelbe Gefahr“ hielt.
Welchen Zweck Doumer mit seinem Besuche verfolgte, entzieht
sich vorerst der öffentlichen Kenntnis.

Clemenceau hat nun seine Marokkopolitik wirklich
durchgeführt. In der französischen Kammer erhielt er mit
457 gegen 56 Stimmen ein Vertrauensvotum, das also
lautet: „Die Kammer hat das Vertrauen zu der Regierung,
daß sie die Ausführung der Algeriasätze und die aus ihr
entstehenden Rechte sichert und für die Sicherheit der
französischen Staatsangehörigen bürgt; die Kammer weist
jedem Juraß zurück und gibt zur Tagesordnung über.“
Die Algeriasätze selbst wurde einstimmig angenommen.
Mit der obigen Resolution ist zugleich die Genehmigung der
Kammer für die Expedition Doucard erteilt, die schon
durch eine Söldnerung der gefährlichen Lage der Europäer
in Tanger zu rechtfertigen suchte. Das spanische Ministerium
Bega de Armiyo mit Caballero als Minister des Auswärtigen
hat sich nach Abschluß des französisch-spanischen Expeditions-
vertrages mit einem gemeinsamen Vorgehen mit Clemenceau
und Doucard einverstanden erklärt. In gleichlautenden Noten
haben die beiden Mächte ihr Sonderunternehmen den
übrigen Mächten notifiziert, welche Einwendungen dagegen
nicht erhoben. Jaurès' warnende Stimme verhallte unbeachtet.
Eine neue Abenteuerpolitik Frankreichs hat begonnen, die
vielleicht noch manche unabwehrbare Konsequenz bringen kann,
der aber das Deutsche Reich gewiß gern als hummer Zu-
schauer seinen Gesen geben wird, so lange die Akte von
Algerias die Grundlage der französisch-spanischen Intervention
bildet.

Die in Brüssel begonnene Kongressdebatte ist im
Laufe der Woche noch nicht zum Abschluß gelangt. In
Großbritannien seitigen die parlamentarischen Ver-
handlungen eine Reihe bemerkenswerter Beschlüsse; u. a. nahm
das Oberhaus die Vorlage über das gewerbliche Einigungs-
wesen in zweiter Lesung engulig an, desgleichen die Bill
über die irische Landpacht und schließlich die Unterrichts-
vorlage. Letztere gelangt in der Oberhauslesung wieder
an das Unterhaus; ein Konflikt zwischen beiden Häusern
wird jedenfalls nicht wegen der Vorlage entbrennen; die
Differenzen sollen durch Vermittlungsvorschläge beigelegt
werden. Nicht ausfallen wird die im englischen Unterhaus
aufgeworfene Frage, ob die deutsche Handelsmarine im
Kriegsfall unter amerikanischen Schutz gestellt werde. Solche
Anfragen müssen natürlich dazu beitragen, das Mißtrauen
gegen die englische Politik in Deutschland zu verhärtet.

Bei der Eröffnung der italienischen Deputierten-
kammer konnte der Schagmeister Majorana Mitteilung von
einem Jahresüberschuß von 63 Mill. Lire machen. Das
Parlament wandte sich in erster Linie der Reformpolitik auf
dem Gebiete des italienischen Eisenbahnwesens zu. Auch
das amerikanische Budget schließt mit einem großen
Ueberschuß: 68 Mill. Dollars. Roosevelt's Wirtschaft enthielt
ein großes Programm, das in der Diskussion des ameri-
kanischen Volkes über die mannigfaltigen Fragen der inneren
und äußeren Politik eine bemerkenswerte Rolle ein-
nehmen muß.

In Desterreich gelangte die Wahreform im Abgeordneten-
haus zur Annahme. Die Vorlage wird nun vor dem Herren-
haus zur Feuertprobe zu bestehen haben. Vor den in
Budapest versammelten Delegationen gab Baron Lehrenthal
ein Epöde der auswärtigen Politik Desterreich-Ungarns,
worin er den Dreißigsten als die Grundlage der Friedens-
politik der kaiserlichen Monarchie anerkannte. Bei der
Erhaltung des Andarsib-Denkmal in Budapest fehlte
ein herzliches Begrüßungstelegramm des deutschen
Kaisers nicht.

Bezüglich der arisanischen Fragen, die durch Churchills
Rede in Manchester und Englands Vorgehen gegen den
Kongosstaat in den Vordergrund gerückt werden, ist von
besonderer Wichtigkeit die für die nächste Woche als bevor-
stehend angekündigte Proklamierung einer Konstitution für
Transvaal. Wie wenig übrigens England, das so
gern über die kolonialen Mißstände anderer Völker zu
Gericht sitzt, mit seinen eigenen südafrikanischen Verhältnissen
zufrieden zu sein Grund hat, lehrt die Tatsache, daß in
Britisch-Südafrika 30.000 Schwarze ohne Obdach und
Lebensunterhalt existieren müssen, eine Folge der britischen
Expedition gegen die Rebellen in Natal und in den übrigen
südafrikanischen Landgebieten.

Nachrichten über die schwere Erkrankung des Regus
Menelik von Abyssinien und des Schachs von Persien
müßte man mit Vorsicht aufnehmen. Der mit Rußland
vereinbarte englische Vertrag über die persische Anteil
ist nach seiner Zurückweisung vom persischen Parlament
dadurch wieder der Realisierung näher gerückt, daß die
persischen Finanzleute keine Miene machen, die Zeichnungen
zu einer inneren persischen Anleihe zu vorziehen. Was es

mit den in Rußland angeblich vorgekommenen Unter-
stützungsfonds und der Veräußerung an die Firma
Kulakoff hat, hat, ist noch unklar. Ein neuer
Attentat auf Kaiser Nikolaus ist zur Entdeckung
gelangt sein. Doch ist nicht zu verstehen, wie die Be-
rühmung der Bevölkerung infolge der allmählichen
Erklärung der revolutionären Agitation stark fortgeschrit-
t. Japan, das mit der Gründung einer englisch-
japanischen Bank in Tokio einen weiteren Schritt zu
seiner wirtschaftlichen Emanzipation tat, hat durch die Ein-
führung der zweijährigen Dienstzeit einen Fortschritt
auf militärischem Gebiete vollzogen, der zugleich durch eine
Erhöhung der Friedenspräsenzstärke auf 750.000 Mann ge-
kennzeichnet wird. Die Zurückgabe Kantschangs an China
und die Zurückziehung japanischer Divisionen aus
der Mandchurei und Korea zeigt, daß in Ostasien allmählich
wieder normalere Zustände eintreten. F. W.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Der Großherzog und die Großherzogin von Mecklen-
burg-Schwerin hebrätsigliche diesem Jahre das
Wohnhaus und Leihhaus in der Familie des Herzogs von
Cumberland auf Schloss Gmunden zu verdrängen. Die
Ankunft des Großherzogs nach Mecklenburg ist auf den 17. B.
festgelegt; bis zu diesem Zeitpunkt wird der Herzog von Cum-
berland bei sich zuhause mit seiner Gemahlin und Töchtern in Penzance
bei Wren aufhält, wieder nach Gmunden übergeführt sein.

Der bekanntlich krankheitsgeliebte Oberhofmarschall
und Generaloberstleutnant a. D. Kommodore Wilhelm Fielherz
v. Böhre pleurirt ist nach kurzer Krankheit im 86. Lebensjahre in
Wien gestorben.

Eine Erhöhung der Gehälter der Richter und Staatsanwälte

verlangt mit Recht die „Allg. Ztg.“. Das Blatt schreibt:
„Es handelt sich um die Erhöhung eines aerechen Wunsches.
Die Richter und Staatsanwälte wollen nur, daß sie in der
Art der Gehaltszahlung da, in der den Beamten des Staats
und der Gemeinden als Lohn zu zahlen ist, nicht sich
bei dem jetzt bestehenden System die Gehaltsrückstände
des Jahres vergrößern, beweis der hohen erlöschene Terminus-
forderer für die veräußerten Zulagezeiten. Die Amtsrichter,
Landrichter und Staatsanwälte sind in Preußen in sieben
Gehaltsstufen eingeteilt, die Gehälter von 3000, 3600, 4200,
4800, 5400, 6000 und 6600 Mark betragen. In den Jahren
3000, 4800 und 6600 sind zur Zeit je 705 Stellen, in den vier
oberen Stufen je 704. Im Jahre 1900 erreichte man das
Höchstmaß noch in 23 Jahren neun Monaten nach des
bestehenden Vorschriften. 1901 war diese Zeit auf 24 Jahre,
1902 auf 24 Jahre neun Monate, 1903 noch auf 24 Jahre
ausgedehnt, 1904 und 1905 waren es 25 Jahre drei Monate,
1906 waren bereits 25 Jahre acht Monate nötig zur Er-
reichung des Höchstmaßes. Im nächsten Jahre werden es
mindestens 26 Jahre sein. Der letzte Richter der Gehaltsstufe
4200 rückt in den sechs Jahren von Oktober 1900
bis Oktober 1906 vor um 189, 116, 148, 148, 216 und
198 Stellen (Durchschnitt 159). Er verbleibt demnach
in der Gehaltsstufe vier Jahre und fünf Monate.
Der jüngste Richter der Gehaltsstufe 4800 rückt in der gleichen
Zeit vor um 127, 108, 138, 138, 185, 168 Stellen (Durchschnitt
139); er gerät also dieser Gehaltsstufe ungefähr fünf Jahre
lang an. Der jüngste Richter der Gehaltsstufe 5400 rückt seit
Oktober 1900 um 114, 100, 113, 90, 105, 72 Stellen (Durch-
schnitt 99). Er kommt also zur nächsten Stufe erst in sieben
Jahren einundzwanzig Monaten. Der Richter der Gehaltsstufe
6000 rückt vor um 77, 49, 59, 55, 63, 54 (Durchschnitt 60). In
dieser Stufe verbleibt also der Richter elf Jahre und acht
Monate. Vom Beginn der Stufe 4200 bis zur Erreichung des
Höchstmaßes vergeht heute ein Zeitraum von 23 Jahren und
einundzwanzig Monaten. Im Oktober 1906 hätte der jüngste Richter
der Stufe 4200 bereits um 12, April 1897. Er er-
reicht demnach sein Höchstmaß in Ende 1934. So wie
er heute schon seit neun Jahren und sechs Monaten Richter ist,
in 37 Jahren acht Monaten nach dem Vorschriften. Nehmen
wir einmal an, daß der betreffende Richter zuerst seines
Rieserregens das Alter von 29 Jahren hat, was etwa dem
Durchschnitt entspricht, so gelangt er erst im Alter von 66
Jahren acht Monaten in den Gehalt des Höchstmaßes;
schwerfträglich unter der Voraussetzung, daß ihn ein alljähr-
liches Gehaltserhöhung von 100 Mark erreicht, so daß er
bis zum Ende der Stufe, die er erreicht, noch 37 Jahre
und sechs Monate leben muß. Die jährliche Erhöhung der Gehalts-
verhältnisse hat also die Wirkung, daß gerade die älteren Richter,
die mit einer großen Familie und erwachsenen Kindern ardhren
Ansprüchen gegenüberstehen, verhältnismäßig am unangenehmsten
geriff sind und am längsten auf eine Gehaltserhöhung warten
müssen.“

Das hier dringend Abhilfe geschaffen werden muß, ist mit Ent-
schiedenheit und Nachdruck zu betonen.

Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerks-
schaften hat zum Gegenwurf über die Rechtsfähigkeit der
Berufsvereine einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt:
„Die Forderung nach Rechtsfähigkeit von jeder für die
christlichen Gewerkschaften ist von prinzipieller als
von praktischer Bedeutung. Im allgemeinen haben sich
die Gewerkschaften an den bestehenden Zustand gewöhnt und
ihre Bestimmungen entsprechend eingerichtet, so daß die den
Rechtsfähigkeit der Berufsvereine nicht allzuheftig empfunden
wird. Man hat sich daher bei dem Vorliegen von Rechtsfähigkeit
weniger leisten lassen von dem Gedanken, daß den Gewerks-
schaften dadurch ein besonderer Vorteil erwachsen würde, als
vielmehr von dem Gesichtspunkte, daß den Berufsvereinen im
allgemeinen, denen der Vorrechte, der Danksprüche, der Ge-
werkschaften und von allem her, die den Gewerkschaften im
fortgeschrittenen Arbeiter- und Gewerkschaften die Rechtsfähig-
keit von größerem Nutzen sein würde. Die Vorlage der Re-
gelung entspricht dem aber absolut nicht. Sie befähigt nicht
lediglich auf die gewerblichen Arbeiter (Titel VII der Ge-
werkschaften). Sie soll somit den Beschluß dar, zum erheben

